

Innenpolitik

Mit Worten gegen Jugendarbeitslosigkeit?

Von Politisches Sekretariat des RSB | 14. April 2013

Auf Initiative des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) fanden am 13. und 14. März 2013 im Vorfeld des letzten EU-Gipfels erneut Aktionstage statt. Allerdings waren die Mobilisierungen unter dem Motto „Nein zum Spardiktat! Ja zu Arbeitsplätzen für junge Menschen!“ sehr gering.

Auf Initiative des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) fanden am 13. und 14. März 2013 im Vorfeld des letzten EU-Gipfels erneut Aktionstage statt. Allerdings waren die Mobilisierungen unter dem Motto „Nein zum Spardiktat! Ja zu Arbeitsplätzen für junge Menschen!“ sehr gering.

Die durchschnittliche offizielle Arbeitslosenquote beträgt laut Europäischer Kommission derzeit rund 12 Prozent. Das sind etwa 26,2 Millionen Frauen und Männer.

Junge Menschen zahlen vielleicht am meisten für die verheerenden Folgen der EU-Politik und der Krise.

Die Euro-Zone gibt eine durchschnittliche und „saisonbereinigte“ Quote von unglaublichen 23,6 % Jugendarbeitslosigkeit für Januar 2013 an.

Weit über diesem Durchschnitt liegen Länder wie Griechenland mit 59,4 % und Spanien mit 55,5 %.

In Spanien sind fast eine Million Junge als erwerbslos registriert, in der Eurozone insgesamt 5,7 Millionen. Jeder vierte junge Mensch ist also erwerbslos.

Das ist eine soziale Katastrophe, für die es Ursachen und Verantwortliche gibt. Sie heißen Kapitalismus und „Spar“-Diktate.

In Deutschland sind übrigens offiziell 7,9 % der Jungen – also 356.000 – ohne Arbeit. Das klingt relativ harmlos, aber es bedeutet, dass hierzulande jeder dreizehnte junge Mensch arbeitslos gemeldet ist.

Das alles ist kein Naturereignis. Mittels des Dreiklangs aus „EU-Agenda 2020“, „Fiskalpakt“ und „Europäischem Stabilitätsmechanismus“ ESM wird unter dem Vorwand der „Staatsschuldenkrise“ ein Programm zur Sanierung der Gewinne der Banken und Konzerne durchgesetzt.

Es bedeutet noch mehr Arbeitslosigkeit, noch mehr Armut und noch mehr Entrechtung für die große Mehrheit der Bevölkerungen.

Was heute in Südeuropa geschieht, beginnt bereits auch auf uns zurückzufallen.

Wir haben zwei Möglichkeiten. Wir können entweder weiter die bedrohlichen Entwicklungen ignorieren.

Oder aber wir leisten einen Beitrag zur Aufklärung und helfen, Alternativen zu entwickeln!

Wir sollten konsequent den zweiten Weg verfolgen.

Wenn Billionen zur Rettung der Gewinne des Finanzsektors verpulvert werden können, dann ist klar, dass genug Geld für unsere grundlegenden gesellschaftlichen Bedürfnisse da ist.

Es muss nur dort geholt werden, wo es ist – bei den Reichen und Superreichen, bei den Konzernen und Banken.

Fakt ist: 10 Billionen Euro öffentlicher Schulden stehen in Europa 27 Billionen Geldvermögen gegenüber – also dem 2,7-fachen der Staatsschulden.

Es gibt Alternativen zu dem beispiellosen Raubzug der Troika, und es gibt Alternativen für einen wirksamen Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit.

Wir schlagen 6 Punkte für eine europaweite Strategie vor:

1. Finanzierung von Ausbildung und Bildung für junge Menschen
2. Unbefristete Übernahme der ausgebildeten jungen KollegInnen
3. Schaffung von gesellschaftlich sinnvollen Ausbildungs- und Arbeitsplätzen
4. Bekämpfung prekärer Arbeitsverhältnisse
5. Einführung eines Mindestlohns von 12,50 Euro brutto
6. Europaweite Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich

Ist das utopisch? Oder zeugt es nicht im Gegenteil von Sinn für die Realität, gegen Jugendarbeitslosigkeit zu kämpfen, anstatt zuzuschauen, wie die Zukunft von Millionen junger Menschen immer mehr zerstört wird?

Politisches Sekretariat des RSB, 23.03.2013

Dieser Beitrag wurde publiziert am Sonntag den 14. April 2013
in der Kategorie: **Innenpolitik**, **RSB4**.